

Es gilt das gesprochene Wort

Chur, 13.09.2021

Wortmeldung von Roman Hug

Geschätzte Medienschaffende

Ich bedanke mich herzlich für Ihr Erscheinen und möchte die einleitenden Ausführungen meiner Parteikollegen zu meiner Kandidatur ergänzen. Bereits in meiner Jugendzeit hat das politische Geschehen mein Interesse geweckt. Und so bin ich im Jahr 2008 direkt nach der Neugründung in die damalige neue SVP GR eingetreten.

Damals stand dieser Partei viel Aufbauarbeit bevor. Dies eröffnete auch vielen jungen Parteimitgliedern grosse Chancen, sich direkt einzubringen – einer davon war ich.

Bei der ersten kantonalen Wahl für die neue SVP GR leistete ich meinen Beitrag als Grossrat Stellvertreter. Zu Beginn noch ohne Fraktionsstärke im Grossen Rat und bereits nach wenigen Jahren wählerstärkste Partei bei nationalen Wahlen. Diese Entwicklung direkt mitzerleben, war eine spannende und auch persönlich lehrreiche Zeit. So politisiere ich bereits seit acht Jahren im Grossen Rat und habe dabei stets eine konsequent bürgerliche Linie verfolgt.

Daneben hat mich aber insbesondere das Mitgestalten in einer Exekutive immer fasziniert. Und so übe ich mein Amt als Gemeindepräsident in meinem sechsten Amtsjahr mit viel Engagement und Herzblut aus. Mit meiner Person in der Regierung würden politische Schwerpunkte anders gesetzt. Ich bekämpfe konsequent politische Vorlagen, welche das tägliche Leben der Bündner Bevölkerung erschweren und ihnen zusätzliche Abgaben und Steuern aufbürden.

Meine politischen Schwerpunkte

Wenn ich meine politischen Kernbotschaften in drei Punkten zusammenfasse, sind dies Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Diese Themenbereiche bearbeite ich seit Beginn meiner politischen Laufbahn auf kantonalen wie auch kommunalen Ebene.

Den Erhalt unserer Freiheit nenne ich bewusst an erster Stelle. Die gegenwärtigen politischen Tendenzen erachte ich vor dem Hintergrund der freiheitlichen Werten als grossen Rückschritt. Denn es sind genau diese Werte, die unser Land bisher einzigartig machten.

In der aktuellen Coronapolitik fehlt in unserer Regierung eine Stimme, welche die staatlichen Massnahmen auf das absolute Minimum beschränkt und zu den Einschränkungen des Bundes nicht noch kantonale Verschärfungen einführt. Daneben ist die persönliche Freiheit jeder Einwohnerin und jedes Einwohners und jeder Gemeinde hochzuhalten. Durch verschiedenste Kompetenzverschiebungen von Gemeinden zum Kanton wird auch in Graubünden der Grundsatz des

Föderalismus untergraben. Ich erinnere dabei insbesondere an die Revision des kantonalen Raumplanungsgesetzes. Wir benötigen hier dringend eine Kurskorrektur. Jene, welche die direkten Konsequenzen einer politischen Entscheidung zu tragen haben, benötigen auch die Kompetenzen, diese jederzeit zu korrigieren.

Durch die Missachtung der freiheitlichen Grundsätze und der daraus resultierenden Überregulierung ist auch die Sicherung unseres Wohlstands aktueller denn je. Und dies gilt ganz besonders für die Bevölkerung unseres Bergkantons. Wir als Randregion benötigen schlanke Strukturen und möglichst tiefe Hürden für zukünftige Investitionen. Auch hier wurden von der aktuellen Regierung Vorlagen präsentiert, welche eine ganz andere Sprache sprechen. Das extremste Beispiel ist wohl die in Kürze zu beratende Botschaft des New Green Deal. Ein Umverteilungsprojekt in dieser Grössenordnung (1`800 Mio. CHF!) hat dieser Kanton noch nicht gesehen. Damit wird jeder Haushalt und jede Logiernacht massiv verteuert. Solche Tendenzen kann ich keinesfalls unterstützen – ich setze mich für eine wirtschaftliche und ökologische Vorwärtsstrategie für diesen Kanton ein. Das bedeutet in erster Linie einen gezielten Ausbau der einheimischen Wasserkraft statt Subventionierung von allem und jedem nach dem Giesskannenprinzip.

Im Bereich der Sicherheit gilt es ständig neue Entwicklungen frühzeitig aufzunehmen und falls notwendig konsequent Korrekturen einzuleiten. Aktuell sind dabei sicher die unhaltbaren Zustände im Bereich der Grossraubtiere zu nennen. Selbstverständlich ist mir bewusst, dass die Bevölkerung die Revision des Jagdgesetzes abgelehnt hat. Das heisst aber nicht, dass sogenannte Problemtiere nicht reguliert werden können. Dass die Regierung hier beim BAFU lediglich als Bittsteller auftritt, kann ich nicht nachvollziehen. Ich setze mich für ein bestimmteres und konsequenteres Auftreten (in Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Kantonen) gegenüber dem Bund ein.

Beweggründe für meine Kandidatur als Regierungsrat

Ich stelle mich mit Überzeugung für eine Kandidatur als Regierungsrat zur Verfügung. Mit acht Jahren politischer Erfahrung als Grossrat und sechs Jahren als Gemeindepräsident bringe ich die notwendige politische Erfahrung in Exekutive und Legislative mit. Daneben habe ich mein gesamtes Berufsleben nach der Ausbildung mit eigenem Kapital gearbeitet. Somit kenne ich die Sorgen und Nöte unserer Unternehmer und der arbeitenden Bevölkerung.

In meiner politischen Laufbahn als Gemeindepräsident hatte ich nie einen Parteikollegen im Gemeindevorstand. Effizientes Arbeiten mit unterschiedlichsten politischen Meinungen ist für mich also kein Fremdwort. Der direkte Austausch mit unserer Bevölkerung ist aus meiner Sicht aber das spannendste an meinen Tätigkeiten. Dabei sind für mich die klassischen 4M (man muss Menschen mögen) zentral. Ich fühle mich für diese herausfordernde Aufgabe im Dienste unseres Kantons bereit und freue mich sehr über die breite Unterstützung aus meiner Partei.

Besten Dank für eine kritische aber faire Berichterstattung.
